

hörigen Staaten, welche, so lange Holstein und Lauenburg, oder einer dieser Staaten außerhalb des Bundesstaates stehen, eine freiere Bewegung bei Regelung ihrer Handelsgesetzgebung und ihrer Handelsbeziehungen zu den nicht verbündeten Staaten innerhalb und außerhalb Deutschlands und eine Vertretung ihrer Handels-Interessen durch besondere Consular-Agenten in Anspruch genommen haben, die nöthigen Vereinbarungen unter der Wahrung der Interessen der Union zu treffen und solche dem nächsten Reichstage zur definitiven Genehmigung vorzulegen," wurden durch Aufstehen angenommen. Die preuß. Minister und General v. Radowicz stimmten, außer bei Punkt 2., mit der Minorität, welche größtentheils aus preuß. Abgeordneten bestand. Durch Vorstehendes wäre sonach die Annahme der Verfassung im Allgemeinen ausgesprochen. Die Revision der Verfassungsvorlagen im Einzelnen hat in der Sitzung am 15. begonnen. Die Entscheidung in der Erfurter Angelegenheit wird die Abstimmung über die Verfassung geben. Fällt diese im conservativen Sinne aus, so hält Preußen am Bundesstaate fest. Wegen des Standes der Sache fand am 14. eine vierstündige Ministerberatung in Charlottenburg bei Sr. Maj. dem Könige statt, wozu Graf Brandenburg und von Mantouffel von Erfurt gekommen waren. Die Genannten begaben sich noch Abends nach Erfurt zurück.

In der Sitzung des Volkshauses am 15. beantragte die Rechte: statt des Staatenhauses die Einsetzung eines Fürstenhauses, von Fürsten selbst oder Stellvertretern (Prinzen) nach Zahlenverhältniß des Bundestags-Plenums. General v. Radowicz stimmte gegen diesen Antrag, der verworfen wurde.

In Erfurt sind bei den letzten Verhandlungen die Geister hitzig auf einander geplatzt. Die Linke und ein Theil der Rechten haben sich Vorträge über ihre Absichten und Pläne gehalten, welche zu den schönsten parlamentarischen Enthüllungen gehören. Nach aller Berechnung wird das Parlament in 14 Tagen zu Ende sein; denn daß in dieser Woche die Vorlagen über die Verfassung und in nächster die übrigen Entwürfe zu Ende geführt werden, ist mit ziemlicher Gewißheit anzunehmen, und zwar

um so mehr, als je weiter die Arbeit vorrückt, die Parteien um so weniger von einander abweichen.

Dem Vernehmen nach ist in Berlin eine österreichische Note bei dem auswärtigen Amte eingetroffen, welche erklärt, daß sich die österreichische Regierung nicht veranlaßt finden könne, auf eine Verlängerung des Interims einzugehen. Oesterreich verlangt in dem Interim, auf das einzugehen es sich bereit erklärt, die Vertretung aller deutschen Staaten.

Die Erzbischöflichen General-Vikariate zu Aachen und Köln haben durch Circular vom 12. d. Mts. die Schulpfeger und Religions-Lehrer an den Gymnasien und überhaupt alle Geistlichen an öffentlichen Anstalten anweisen lassen, vor Ableistung des Verfassungseides Verhaltensmaßregeln einzuholen. Bischof Arnoldi wird mit dem Bischof Geißel und mit den Bischöfen von Paderborn und Münster in Köln zusammenkommen, um sich über die Angelegenheit der Eidesableistung der katholischen Staatsbeamten zu besprechen. Ein preuß. Bischof hat sich in einem Schreiben an den Minister Ladenberg dahin ausgesprochen, daß der Eid für katholische Geistliche, welche ein Staatsamt bekleiden, nur mit dem Vorbehalt der Rechte der Kirche abgeleistet werden möge, da die Verfassung selbst eine Trennung der Volksschule von der Kirche besorgen läßt und eben letztere, um ihre Rechte zu wahren, diejenigen mit Strafen belegen würde, die einen unbedingten Eid leisten.

In Hanau wird der Prozeß über die Ermordung des Fürsten Sichnowsky und General v. Auerswald mit vielen Zeugenverhören beim Schwurgericht fortgesetzt. Die Mörder sind noch nicht genau ermittelt.

Provinzielles.

Der Torfstich bei Thiergarten, Kr. Bunzlau, sucht tüchtige Arbeiter. Obwohl die Bearbeitung der dortigen Torfmasse wegen deren Schwere und der langen Torfpläne etwas anstrengend ist, so haben doch die Arbeiter daselbst Aussicht auf eine den ganzen Sommer anhaltende Beschäftigung und auf 15 Sgr. pro 1000 Stück Torf für Streichen, Trocknen und Einfahren.